

Stimmrecht 16: Folgt Bern den Glarnern?

Als die Glarner Landsgemeinde im Mai 2007 überraschend Stimmrecht 16 einführte, spürten die Befürworter Aufwind. Seither aber haben sie in mehreren Kantonen nur noch Niederlagen kassiert.

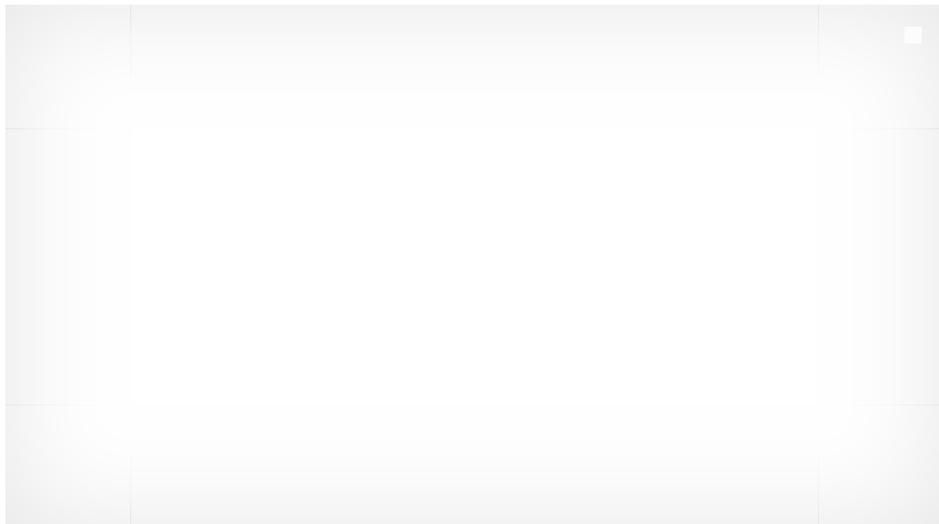


Stefan Wyler 04.11.2009

Vereidigung der Stimmberechtigten an der Landsgemeinde in Glarus: Hier stimmen die 16-Jährigen mit. (Keystone)

Rund 50 Minuten war an jenem regnerischen 6. Mai 2007 an der Landsgemeinde von Glarus über die Senkung des Stimmrechtsalters debattiert worden. Der Vorschlag: Stimmen und wählen (aktives Wahlrecht) soll man neu ab 16 Jahren dürfen, in ein Amt gewählt werden können (passives Wahlrecht) erst ab 18. Die Abstimmung im Ring gab trotz Wiederholung ein undeutliches Resultat, weshalb der Landammann die vier übrigen Regierungsmitglieder zum Abschätzen des Mehrs beizog. Dann erklärte er Stimmrecht 16 für angenommen. Der überraschende Glarner Entscheid gab den Stimmrecht-16-Befürwortern Auftrieb. In mehreren Kantonen wurden entsprechende Anläufe gestartet, einen Teilerfolg aber erzielten die Stimmrecht-16-Anhänger nur im Kanton Bern. Hier überwies der Grosse Rat zuerst – eher knapp – die Motion der Langenthaler Jungsozialistin Nadine Masshardt und forderte von der Regierung die Ausarbeitung einer Verfassungsänderung. Später hiess er die bestellte Verfassungsänderung (wiederum knapp) gut: Auch in Bern soll das aktive Stimmrechtsalter auf 16 gesenkt werden, das passive Wahlrechtsalter soll bei 18 bleiben. Das letzte Wort hat nun das Volk – am 29. November stimmen die Berner Stimmberechtigten über die Änderung der Kantonsverfassung ab.

WERBUNG



inRead invented by Teads

Es ging nicht mehr vorwärts

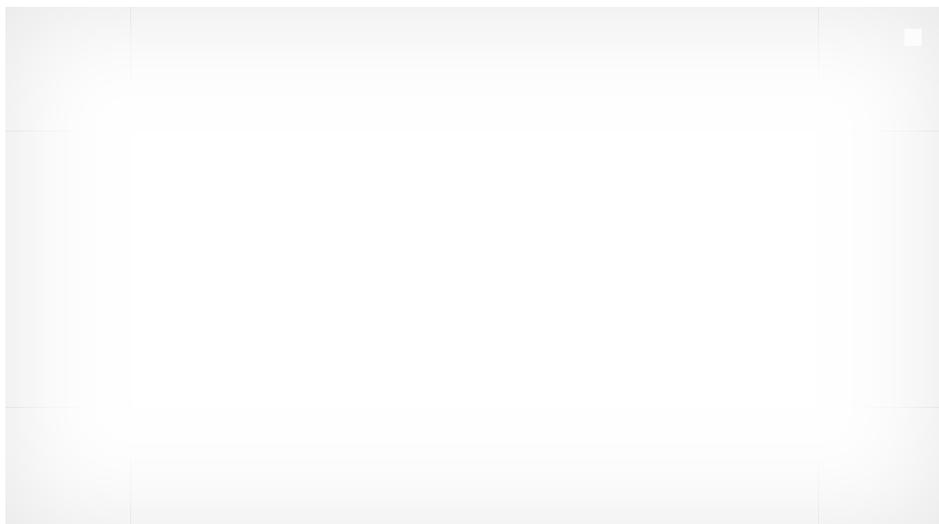
Die Vorlage wird von SP, Grünen und EVP unterstützt, von den Bürgerlichen aber fast unisono abgelehnt – und sie dürfte es in der Volksabstimmung schwer haben, wie die Ergebnisse in anderen Kantonen zeigen. Der Glarner Virus hat sich nicht ausgebreitet.

- Im Zürcher Kantonsrat verfehlte die parlamentarische Initiative für Stimmrecht 16 im Juni 2007 das Quorum für die vorläufige Unterstützung.
- Auch in anderen Kantonsparlamenten blieben Vorstösse für die Einführung von Stimmrecht 16 erfolglos – so in Basel-Land, Jura, St. Gallen, Solothurn und Freiburg.
- Auf Bundesebene scheiterte die Berner SP-Nationalrätin Evi Allemann mit einer parlamentarischen Initiative. Der Nationalrat beschloss mit 107 gegen 61 Stimmen, dieser keine Folge zu geben.

Dass die Politiker Nein sagen, ist das eine. Bitterer für die Befürworter waren aber die klaren Niederlagen in zwei Volksabstimmungen.

- Im Februar 2009 lehnten die Stimmenden im Kanton Basel-Stadt die Einführung von Stimmrecht 16 mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 72 Prozent ab.

WERBUNG



inRead invented by Teads

- Noch klarer verworfen (mit einem Nein-Anteil von 79,9%) wurde Stimmrecht 16 im Mai 2009 im Kanton Uri.

Eine Enttäuschung erlebten die Befürworter auch im Kanton Graubünden. Im Februar dieses Jahres brachen sie die Unterschriftensammlung für eine Stimmrecht-16-Initiative ab; dies, als sie realisierten, dass sie die nötigen Unterschriften nicht zusammenbekommen.

Bremen mit Wahlrecht 16

Lieber blicken die Befürworter von Stimmrecht 16 darum nach Österreich und Deutschland. In Österreich erhielten die 16- und 17-Jährigen 2008 das Wahlrecht 16 auf nationaler Ebene, in einigen Bundesländern und Gemeinden hatten sie es schon zuvor. Und in Deutschland hat letzte Woche Bremen als erstes Bundesland Wahlrecht 16 auf Landesebene eingeführt, mehrere Bundesländer gewähren Wahlrecht 16 schon auf Gemeindeebene.

In den meisten europäischen Ländern aber gilt Stimmrecht 18. (Der Bund)

Erstellt: 04.11.2009, 10:09 Uhr